

„Wohnen ist das Grundbedürfnis eines Menschen“

Aktionswoche Schuldnerberatung zum Thema „Albtraum Miete“

Es sind die Folgen des immer knapper werdenden Wohnraumangebots und der dadurch extrem steigenden Mieten, gerade in Ballungszentren, die den Sozialberaterinnen und Sozialberatern der Diakonie Fürth Tag für Tag begegnen. Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ist gerade, aber nicht nur für Menschen mit geringem Einkommen eine immense Herausforderung und mitunter ein sicherer Weg in die Schuldenfalle. Aus diesem Grund steht die bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung (3. bis 7. Juni) der Wohlfahrts- und Fachverbände dieses Jahr unter dem Thema „Albtraum Miete“.

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis und jeder Mensch sollte einen angemessenen Wohnraum zur Verfügung haben, egal in welcher finanziellen Situation er sich befindet“, unterstreicht Diakonie-Vorstand Stephan Butt, der beim Fürther Wohlfahrtsverband die Sozialen Dienste verantwortet. „Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass aus der aktuellen Situation mitunter große existenzielle Krisen resultieren. Denn wenn die Miete nicht mehr gezahlt werden kann, drohen der Wohnungsverlust und damit der Verlust eines Grundrechtes.“

Der Beratungsalltag in der Kirchlichen Allgemeinen Sozialarbeit (KASA) führt dabei immer wieder eindrücklich vor Augen, dass die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt bei weitem nicht mehr nur Menschen in einer prekären Lebenssituation trifft. „Der Personenkreis, der von der Faustformel, im Idealfall maximal ein Drittel seines Gesamteinkommens für seine Unterkunft auszugeben, weit entfernt ist, wird immer größer“, betont Dorothea Eichhorn, Leiterin des Fachbereichs „Diakonische Sozialarbeit“ bei der Diakonie Fürth. „Längst gehört auch die Mitte der Gesellschaft dazu. Wir sprechen von Polizistinnen und Polizisten, Krankenpflegern, Familien mit Kindern, in denen beide Eltern arbeiten.“

Stigmatisierung durch Schufa-Auskunft

Diese Tatsache führt dazu, dass immer mehr Menschen nicht mehr in der Lage sind, Rücklagen für unerwartete Ausgaben, wie zum Beispiel eine teure Autoreparatur oder eine neue Waschmaschine, zu bilden. Das führt dazu, dass Haushaltsgeräte oder andere Gebrauchsgüter häufig über einen Kredit finanziert werden, was wiederum schnell in die „Schuldenfalle“ führt. Sie verlieren den Überblick, setzen falsche Zahlungsprioritäten. Oder sie behalten die energiefressenden Altgeräte, und deren hoher Energieverbrauch verschärft die finanziellen Schwierigkeiten.

Gerade für die Bezieher von Grundsicherungsleistungen kommt noch ein weiteres Problem hinzu: „Die Zuschüsse, die staatlicherseits für die Übernahme von Wohnkosten gewährt werden, reichen häufig nicht aus, um die tatsächlichen Wohnkosten abzudecken“, gibt Dorothea Eichhorn zu bedenken. „Die Betroffenen bekommen dann die Aufforderung, die Wohnkosten zu senken, was meist nur durch Wegzug möglich ist. Das wiederum ist in Großstädten aber meist nur bloße Theorie. Denn die Bestandsmieten für die vorhandene Wohnung liegen in der Regel ohnehin unter dem, was eine neue Wohnung kosten würde.“

Pressekontakt:

Michael Kniess Tel. 0911/74933-58 Fax 0911/74933-66 michael.kniess@diakonie-fuerth.de

Der einzige Ausweg: Die Betroffenen zahlen aus ihrem Hartz IV-Satz oder der Grundsicherung die Differenz zwischen den tatsächlichen Mietkosten und dem, was sie als Wohnkostenzuschuss erhalten. Am Monatsende bleibt ein dickes Minus im Geldbeutel. Zudem erleben es die KASA-Beraterinnen und Berater im Haus der Diakonie immer wieder, dass es zunehmend schwierig wird, passgenauen Wohnraum zu finden, was die Lage für die Betroffenen und die Lage auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich belastet.

Für bereits überschuldete Menschen sei allein der Zugang auf den Wohnungsmarkt schwierig, gibt Ursula Weser zu bedenken. Das habe unter anderem mit der den Vermietern häufig vorzulegenden Schufa-Auskunft zu tun, so die Leiterin der Schuldner- und Insolvenzberatung der Diakonie Fürth. Ursula Weser weiter: „Auch wenn diese Auskunft nur Schulden auf Telefonie oder Warenbestellungen ausweist, verweigern Vermieter den Abschluss einen Mietvertrages. Es darf keine Stigmatisierung aufgrund der Schufa-Auskunft geben.“

Stärkung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus

Zudem wirbt die Fachberaterin für mehr Verständnis für Überschuldete: „Betroffene sind häufig mit ihrer Situation überfordert und setzen falsche Schwerpunkte. Teilweise ist der Druck der Gläubiger so groß, dass Ratenzahlungen geleistet werden und für die Miete kein Geld mehr übrig bleibt. Auch sind ihnen Beratungsdienste und Hilfsangebote nicht bekannt.“ Die durchaus mögliche Übernahme von Mietschulden durch Jobcenter oder Sozialämter müsse beantragt werden, was den Überschuldeten aus unterschiedlichen Gründen häufig schwerfalle.

Hinzu kommt die Problematik, dass bei der Beantragung von Wohngeld das Netto-Einkommen berücksichtigt wird und nicht das tatsächlich verfügbare Einkommen, das zum Beispiel, wenn eine Lohnpfändung erfolgt, deutlich unter dem Netto-Einkommen liegen kann. „Immer höhere Ausgaben für Mieten belasten verschuldete Menschen deshalb gleich doppelt“, sagt Ursula Weser.

Die gemeinsamen Forderungen von Dorothea Eichhorn und Ursula Weser anlässlich der Aktionswoche Schuldnerberatung gehen vor diesem Hintergrund an verschiedene Adressaten. „Wir fordern eine Stärkung des sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus“, betont Dorothea Eichhorn. „Wir müssen dem entgegenwirken, dass gerade in den Ballungsräumen häufig nur noch Wohnraum im höheren Kostenbereich entsteht.“ Darüber hinaus solle die Schufa Überschuldete nicht mit einer schlechteren „Benotung“ abstrafen, da dieses Verfahren eine Form der Information über Zahlungsverpflichtungen und somit nichts Negatives sei. Auch sollten die Negativmerkmale von Auskünften für Vermieter sich auf Miet- und ähnliche Schulden beschränken.

Daneben sehen die Sozialexpertinnen der Diakonie Fürth die Sozialleistungsträger gefordert. Die Grenzen für die anererkennungsfähigen Kosten der Unterkunft wie Miet- und Heizkosten müssten realistisch sein und den Wohnungsmarkt auch abbilden. „Die Übernahme von Mietschulden sind so unbürokratisch wie irgend möglich zu organisieren. Auch Direktzahlungen der Miete von den Jobcentern an die Vermietenden sollten zur Vermeidung von Mietschulden noch stärker eingesetzt werden“, hebt Ursula Weser hervor. Zudem sprechen sie sich für eine „Mietschuldnerberatung“ aus. Der Nachweis einer solchen Beratung könnte nicht zuletzt bei Einhaltung der vereinbarten Zahlungen als „Kündigungsschutz“, insbesondere bei öffentlich gefördertem Wohnraum, dienen.

Pressekontakt:

Michael Kniess Tel. 0911/74933-58 Fax 0911/74933-66 michael.kniess@diakonie-fuerth.de